

# Wenn die Mittelschicht verarmt

Ungleichheit in Österreich war jahrelang ein Tabuthema. Nun eröffnet am 18. September ein Institut an der Wirtschaftsuniversität, das sich mit dem Thema beschäftigen wird. Die „Wiener Zeitung“ sprach mit dem Forscherteam.

Von Saskia Blatakes

**Alpbach.** Rentner, die einst der Mittelschicht angehörten und heute in Mistkübeln nach Essen wühlen. Ein kollabiertes Gesundheitssystem, eine um 43 Prozent gestiegene Säuglingssterblichkeit: Nirgendwo sonst treten in Europa die Auswirkungen der Krise so drastisch in Erscheinung wie in Griechenland.

Es hat sich herumgesprochen, dass das griechische Desaster auch als direkte Folge der weltweiten Finanzkrise von 2007 zu verstehen ist. Wovor allerdings viele noch die Augen verschließen: In ganz Europa wird die Krise den Mittelstand treffen. Und es wird nicht etwa plötzlich geschehen, sondern schleichend. Die Reichen werden reicher werden und die Ärmern ärmer.

Volkswirt Mathias Moser erklärt: „Kapitaleinkommen brechen in Finanzkrisen zwar kurz ein, erholen sich dann aber sofort wieder. Bei Löhnen ist der Effekt langfristig, sie sinken graduell.“ Der junge Wissenschaftler widmet sich einem Thema, das wie ein alter Hut der Linken klingt, in Wahrheit aber lange Zeit kaum akademische und mediale Beachtung fand: die ökonomische Ungleichheit.

## Nicht jeder bekommt, was er verdient

Während die Haushaltseinkommen von Privatpersonen in den Jahren vor der Krise leicht, aber stetig wuchsen, sieht es heute anders aus: Die reichsten zehn Prozent der Haushalte haben heute ein siebenmal höheres Durchschnittseinkommen als jene der ärmsten zehn Prozent. Der Gini-Koeffizient, eine Maßzahl für Ungleichheit, steigt in den meisten westlichen Gesellschaften.

„In unserer Gesellschaft gab es lange einen Glaubenssatz in Bezug auf unsere Volkswirtschaft: Jeder bekommt, was er verdient. Heute sehen wir, dass ein unglaubliches Machtungleichgewicht herrscht. Es bekommt eben nicht jeder, was er verdient, son-



Die Wirtschaftskrise wird den Mittelstand treffen, sagt Volkswirt Mathias Moser. Foto: apa/Gindl

dern die Eliten bekommen das meiste und immer mehr“, sagt sein Kollege Stefan Humer.

Für Mathias Moser war es an der Zeit, den Anstoß für ein Institut zu geben, das sich objektiv und fachübergreifend der ungleichen Verteilung von Wohlstand widmen soll. Die Idee entstand bei einem Bier mit einem Kollegen und sei vom Rektorat der Wirtschaftsuniversität Wien (WU) mit Wohlwollen und Entgegenkommen aufgenommen worden. Dies sei auch eine Folge der gesellschaftlichen Brisanz des Themas. Gemeinsam mit seinem Kollegen Stefan Humer beschäftigt er sich schon seit vielen Jahren mit der Ungleichheit in Österreich und auf globaler Ebene.

Nun werden die beiden Wissenschaftler Mitarbeiter des neuen Instituts namens „Economics of Inequality“ (Institut für Verteilungsfragen), das am 18. September ab 14 Uhr im Festsaal 2 der WU mit einer Rede von Ungleichheits-Doyen Sir Tony Atkinson offiziell eröffnet wird.

Es ist kein Zufall, dass ein the-

matisch so eng gefasstes Forschungsinstitut gerade jetzt aus der Taufe gehoben wird. Ungleichheit ist spätestens seit dem im vergangenen Jahr erschienenen Bestseller „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ des französischen Vorzeige-Ökonomen Thomas Piketty in aller Munde.

## Anstoß zur Debatte kam von Piketty und Saez

In den Wirtschaftswissenschaften hat es dagegen schon sehr viel früher zu brodeln begonnen. Am Anfang stand ein Beitrag, der 2003 im angesehenen US-amerikanischen Fachjournal „Quarterly Journal of Economics“ erschien. Geschrieben war er von Thomas Piketty und seinem Kollegen Emmanuel Saez. Der mit „Income Inequality in the United States, 1913-1998“ betitelte Aufsatz thematisierte das rasant gestiegene Ungleichgewicht in den USA. Piketty und Saez konnten darin zeigen, dass die Spitzensteuersätze in den USA sukzessive und sehr wesentlich reduziert worden waren. Die Folge: Die berühmte Schere zwischen Arm und Reich ging immer weiter auseinander, die Ungleichheit nahm extrem zu. „Das war das erste große Ausrufezeichen“, sagt Volkswirt Humer.

Piketty und Saez lösten damit in den bislang eher an Wachstum und Handel interessierten Wirtschaftswissenschaften einen regelrechten Boom der Ungleichheitsforschung aus. Doch Anfang dieses Jahrtausends blieb die Diskussion noch weitgehend auf akademische Zirkel beschränkt. Erst

im Zuge der weltweiten Finanzkrise ab 2007 erreichte das Thema den Mainstream.

„Ungleichheit wurde plötzlich spürbarer, Verteilungskonflikte traten deutlicher zutage und die Gesellschaft polarisierte sich“, sagt Humer. Die internationalen Top-Universitäten wie Stanford, Harvard oder die London School of Economics verfügen bereits über Abteilungen und Institute, die sich dezidiert Fragen der Verteilung widmen. Nun zieht die WU nach.

Mathias Moser sagt: „Der Fokus der ökonomischen Forschung hat sich bedeutend verbreitert. Davor war Ungleichheit lange Zeit nicht nur ein Nicht-Thema, sie wurde aktiv ignoriert. Für uns ist die gesellschaftliche Relevanz unserer Forschungsfragen zentral. Wir werden mit öffentlichen Geldern bezahlt, haben also auch einen öffentlichen Auftrag.“

## Kapitaleinkommen zwischen 1992 und 2010 unbekannt

Moser und Humer befassten sich in den vergangenen Jahren mit einer breit angelegten Studie, die die Vermögensverteilung in Österreich seit der Monarchie offenlegen sollte. Leichter gesagt als getan. Die erschreckende Erkenntnis: Die Datenlage sei zu monarchischen Zeiten besser und transparenter gewesen als heute, sagen die Forscher. Wochenlang arbeiteten sie in Archiven und Kellern. Ein erstes Problem seien die Daten der Nachkriegszeit, denn die Einnahmen aus selbständiger und unselbständiger Ar-

beit wurden getrennt gesammelt und integrierte Statistiken haben laut den Forschern nur wenig Aussagekraft.

Doch absolut undurchschaubar seien die Vermögensverhältnisse dann ab 1992. Der Grund: Die Kapitalertragssteuer verschwand komplett aus der Statistik. „Man wollte wohl ein Stück vom Schweizer Kuchen“, sagt Moser. „Von 1992 bis 2010 wissen wir absolut nichts über Kapitaleinkommen in Österreich.“

Die Rettung kam für die Wissenschaftler mit dem HFCS (Household Finance and Consumption Survey/Erhebung zur finanziellen Situation und zum Konsum der Haushalte), einer von der Europäischen Zentralbank koordinierten und von der Österreichischen Nationalbank erbrachten Studie.

Der Datensatz basiert auf Empfehlungen einer Studie, die von den internationalen Top-Ökonomen Amartya Sen, Joseph E. Stiglitz und Emmanuel Saez durchgeführt wurde. Trotzdem sei er auf massiven politischen Gegenwind gestoßen, so die Volkswirte. „Die objektiven Daten des HFCS werden diskreditiert, weil sie über die Vermögen der Mächtigen viel aussagen“, sagt Humer. „Davor tappten wir im Nebel, was die Daten anbelangt. Die Frage ist doch, wollen wir objektiv sinnvolle Sozialpolitik oder Klientelpolitik“, ergänzt Moser.

Die Ergebnisse der beiden Forscher sind politisch hochbrisant, denn sie sagen viel aus über Erbschaften und Kapitalvermögen. Mathias Moser sagt: „Das sprichwörtliche Sparbuch der Oma ist irrelevant. Während Kapitaleinkommen bei den oberen drei Prozent bis zu einem Drittel des Haushaltseinkommens ausmachen, spielen sie beim Rest der Bevölkerung im Vergleich zum Arbeitseinkommen kaum eine Rolle. Dass Kapitalertragssteuern den Mittelstand belasten würden, ist somit ein Mythos.“

## Der wahre Reichtum bleibt verborgen

Besser sieht es bei den Lohnunterschieden aus: Während sie sich weltweit drastisch verschärft haben, geht es in Österreich noch relativ egalitär zu. Die Krux: Die Ungleichheit der Nettovermögen ist in Österreich im Vergleich zu anderen europäischen Staaten enorm hoch und im Steigen begriffen, auch konservativen Schätzungen wie dem HFCS zufolge. Der wahre Reichtum der Reichen Österreichs dürfte weitaus höher sein – und er bleibt wohl auch weiterhin unter Verschluss. ■



Die zündende Idee zur Gründung des WU-Instituts „Economics of Inequality“ hatten Stefan Humer (l.) und Mathias Moser (r.) Fotos: Blatakes

## KURZ NOTIERT

**Erratum.** In dem Bezirksporträt Leopoldstadt in der vergangenen Wochenendausgabe der „Wiener Zeitung“ ist uns leider ein Fehler in der Grafik unterlaufen. So besteht die Leopoldstädter Bezirksvertretung aus 60 Mandatären. Dabei entfallen 26 auf die SPÖ, jeweils 13 auf FPÖ und Grüne, sieben Mandatare auf die ÖVP und mit Josef Iraschko ein Mandatar auf die KPÖ, der in der Grafik irrtümlicherweise nicht angezeigt wurde. Wir bedauern das Versäumnis.

**Tod nach Rauferei.** Nach einer Rauferei mit tödlichem Ausgang hat die Wiener Polizei nun das zweite Opfer befragt. Der 35-Jährige bestätigte dabei die bisherige Version. Demnach kamen er und sein 37-jähriger Kompagnon am Praterstern in der Leopoldstadt einer Frau zu Hilfe, die mit zwei Männern in Streit geraten war. Die Widersacher griffen daraufhin mit einem Messer an, der 37-Jährige starb. Die Auseinandersetzung hatte sich in der Nacht auf vergangenen Freitag zugetragen.

Der 35-Jährige wurde bei dem Streit ebenfalls schwer verletzt und konnte erst jetzt einvernommen werden. Er sagte demnach, dass er und sein Begleiter den Konflikt zwischen der Frau und den beiden Männern beobachtet hatten. Sie gingen dazwischen und wurden daraufhin selbst attackiert. Die Aggressoren kannten sie nicht, sagte das Opfer. Die Polizei suchte am Montag weiter nach Zeugen, die eine brauchbare Täterbeschreibung liefern können.

**Mord und Selbstmord.** Eine Frau und ein Mann sind Montagfrüh in einer Wohnung in Hietzing tot aufgefunden worden. Laut Polizei gingen die Ermittler von Mord und Selbstmord aus, bei den Toten wurde eine Schusswaffe gefunden. Bekannte der Toten hatten sich Sorgen gemacht und die Einsatzkräfte alarmiert. Diese fuhrten zur Wohnung in der Thomas-Morus-Gasse, wo sie die Leichen um 7.30 Uhr entdeckten. Auch ein Hund wurde erschossen in der Wohnung aufgefunden.

**10-Minuten-Takt für Südbahn.** Ab Sommer 2016 sollen auf der Schnellbahn-Strecke von Meidling über Atzgersdorf, Hetzendorf bis nach Liesing künftig sechs Züge pro Stunde fahren. Das kündigte Öffi-Stadträtin Renate Brauner (SPÖ) an. Die Stadträtin möchte mit diesem Schritt mehr Liesinger vom Auto auf die Öffis bringen. Verkehrsstadträtin Maria Vassilakou (Grüne) begrüßt die Intervallverdichtung. Sie fordert eine generelle 10- bis 15-Minuten-Taktung für Wiener S-Bahnen.